

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 646 pbbn d

## Inhalt

Dr. Norbert Wiczorek MdB  
zur Skepsis über den weite-  
ren Verlauf der Konjunk-  
tur: Überraschen kann nur  
die Überraschung.

Seite 1

Dr. Martin Schmidt MdB  
zum Beschluß des EG-  
Agrarministerrates über die  
Reform des Milch- und  
Rindfleischmarktes: Auf  
dem Rücken der deutschen  
Landwirte.

Seite 4

Rudolf Müller MdB zu den  
Aufwendungen der kleinen  
Landwirte für soziale Ab-  
sicherung: System der land-  
wirtschaftlichen Kranken-  
versicherung umgestalten.

Seite 5

Björn Engholm MdL zum  
Bonner Umgang mit der  
Küste: Statt konkreter Hil-  
fe unverbindliche Worte.

Seite 6

41. Jahrgang / 241

17. Dezember 1986

### Überraschen kann nur die Überraschung

Zweifel und Skepsis über den weiteren Verlauf der Konjunktur haben plötzlich Konjunktur

Von Dr. Norbert Wiczorek MdB  
Mitglied des Bundestagsausschusses für Wirtschaft

Trotz aller Gesundheitsbeterei und wortschöpferischer Akrobatik der Bundesregierung setzt sich langsam die Erkenntnis durch, daß der Konjunkturverlauf deutliche Schwächezeichen aufweist. Überraschen kann daran allerdings nur, daß dies überraschend sein soll, denn sowohl die grundlegende Entwicklung, wie auch die Statistik macht diese Abkühlung schon länger deutlich. Die offizielle Regierungspolitik beharrt dabei ziemlich einsam in ihrer selbstgeschaffenen babylonischen Gefangenschaft im Glauben an die Dynamik der von den Fesseln der Regulierungen befreiten und für Beschäftigungsprogramme ungeeigneten deutschen Wirtschaft.

Tatsache ist, daß das Klima schlechter geworden ist. Im Export sind deutliche Schleifspuren bei den Aufträgen erkennbar. Dies gilt praktisch für alle Absatzregionen.

Gegenüber den USA und dem US-Dollar-Raum (einschließlich Lateinamerika, Teile Asiens und der Opec) machen sich die Folgen der Dollar-Abwertung ebenso bemerkbar, wie die nach wie vor flauen Öl- und sonstigen Rohstoffpreise (einschließlich Agrarpreise).

Die Wettbewerbsposition gegenüber US-Dollar-Anbietern - zum Beispiel auch für Süd-Korea oder Taiwan - ist schlechter geworden, zugleich aber ist bei einer Reihe von Ländern die Importfähigkeit wegen der schwachen eigenen Exportmöglichkeiten und - bei Lateinamerika - der ungelösten Schuldenkrise geringer geworden oder gering geblieben.

Verstärkt wird die Situation jetzt dadurch, daß Japan - anders als die Bundesregierung einschließlich der Bundesbank - oder sollte es vielleicht besser heißen: die Bundesbank einschließlich der Bundesregierung - den Yen an den US-Dollar gebunden hat und damit Vorteile aus der Stabilisierung des Kursverhältnisses zieht.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kreuzweg-Druck  
recyceltes Rohpapier  
Konting-Paper



Diese Entwicklung gilt ähnlich für den Osthandel. Gerade der Ölpreis- und US-Dollar-Verfall hat die Exportfähigkeit und damit aber auch die Importfähigkeit der Sowjetunion und ihrer Verbündeten geschwächt. Wachsende Absatzmöglichkeiten sind hier für uns eine Weile nicht zu erwarten.

Der wichtigste Faktor in diesem trüben Bild ist jedoch vor allem die EG. Die Schwäche der Konjunktorentwicklung in Westeuropa insgesamt verbunden mit der starken Abwertung des englischen Pfund haben auch hier eine deutliche Abschwächung gebracht. Die nächste Runde der DM-Aufwertung im EWS wird diese Tendenz verstärken. Der europäische Markt ist jedoch mit über zwei Drittel unserer Exporte die wichtigste Abnahmeregion.

Auf diesem Hintergrund ist ein Absinken der Aufträge aus dem Ausland im zweimonatlichen Vergleich September/Oktober 1986 zu 1985 um . / . vier Prozent (wert) oder . / . drei Prozent (Volumen) nicht verwunderlich und erst recht nicht überraschend.

Dem stand und steht jedoch die These entgegen, daß die Inlandsnachfrage die Schwäche der Auslandsnachfrage nicht nur kompensieren werde, sondern auch das zusätzliche Wachstumselement bringen werde. Tatsächlich jedoch liegt der Auftragseingang September/Oktober 1986 gegenüber 1985 nur bei + 1 Prozent (Wert und Volumen) und die Indices zeigen schon länger keineswegs eindeutig nach oben. Zu erklären ist auch dies aus den tatsächlichen Abläufen.

Die Investitionsaufträge der öffentlichen Hände haben sich durch Stoltenbergs Rezessionskurs schwach entwickelt. Der Bund hat sein Investitionsvolumen zurückgefahren und viele Gemeinden - die Hauptträger öffentlicher Investitionen - haben unter der Last der Sozialhilfe und der durch Stoltenberg mit verursachten Steuerschwäche wenig Spielraum für investive Ausgaben.

Die privaten Investitionen dagegen hätten, wenn die These: mehr Gewinn - mehr Investitionen - mehr Arbeitsplätze stimmen würde, explodieren müssen, schließlich sind die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nominal 1985 um 8,8 Prozent gestiegen und im ersten und zweiten Quartal 1986 nochmals um 7,3 Prozent beziehungsweise gar 16,9 Prozent. Wenn die Investitionsgüternachfrage trotzdem im September/Oktober um . / . zweieinhalb Prozent (nominal) gesunken ist, dann liegt das wohl nicht am Geld sondern daran, daß die Unternehmen keine Aussicht sehen, über ihre neuen Investitionen (abgesehen von Rationalisierungen) zusätzlich Erträge zu erwirtschaften. Bei der Schwäche der Nachfrage aus dem Ausland und der der öffentlichen Hände ist das verständlich.

Aber die Frage bleibt, ob der private Verbrauch denn nicht die doch entscheidenden Nachfrageimpulse vermitteln könnte. Bei nominalen Einkommenssteigerungen aus unselbständiger Arbeit von + 3,8 Prozent in 1985 und + 4,6 Prozent beziehungsweise 5,3 Prozent in den ersten Quartalen von 1986 könnte das bei einer Inflationsrate von + 2,2 Prozent (1985) und + 0,3 Prozent beziehungsweise . / . 0,7 Prozent in den ersten Quartalen 1986 sogar so sein. Tatsächlich aber liegt hier schon die Irreführung, denn der Verbraucherpreisindex ist stark durch die Ölpreisentwicklung verzerrt. Die Inflationsrate für das gesamte Bruttosozialprodukt beträgt daher auch für 1985 + 2,2 Prozent und in 1986 + 3,0 und + 3,8 Prozent. So verwundert es denn schon weniger, daß der private Verbrauch zusammen bereinigt zu jeweiligen Preisen in den ersten drei Quartalen 1986 nur um + 0,0, + 2,0 und + 1,0 gewachsen ist. Wahrlich kein überschäumendes Ergebnis!

Dies kann auch nicht verwundern, denn die Abgabenlast für die große Mehrheit der abhängig Beschäftigten liegt auf Rekordhöhe, die Wirkung der Steuersenkung ab 1. Januar 1986 war praktisch gleich Null. Die Arbeitslosigkeit ist ungebrochen und nur statistisch durch Änderung der Zählverfahren (zum Beispiel Streichung der über 58jährigen Arbeitslosen aus der Statistik) gesunken. Die Beschäftigungszunahme fand - abgesehen vom Metallbereich aus der Wirkung der 38,5-Stunden-Woche - weitgehend bei der Teilzeitarbeit = schlecht bezahlte Frauenarbeitsplätze statt. Dazu kommt, daß aufgrund des sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetzes bei Neueinstellungen (auch auf vorhandene Arbeitsplätze!) selbst nach Arbeitgeberangaben über 50 Prozent nur Zeitar-

beitsverträge erhalten, daß heißt die Zukunftserwartung der Neueingestellten sind unsicher, ihr Konsumrausch wird sich in Grenzen halten. Zusätzlich haben die Kürzungen im sozialen Netz die Einkaufskraft der betroffenen Menschen stark beeinflußt.

Das Bauen der Bundesregierung auf den privaten Verbrauch ist eine wenig solide Angelegenheit, denn mit ihrer Sozial- und Steuerpolitik, mit ihrer Sozial- und Arbeitsrechtspolitik und ihrem beschäftigungspolitischen Nichtstun hat sie diese Ergebnisse selbst herbeigeführt. Überrascht sein kann eigentlich niemand darüber, denn die Zahlen der Bruttosozialproduktentwicklung sprachen die ganze Zeit gegen die Annahme eines ungebrochen stetigen höheren Wachstums. Zur Erinnerung hier die saisonbereinigten Werte der letzten fünf Quartale für das Bruttosozialprodukt:

III/85	IV/85	I/86	II/86	III/86
+ 1,5 %	./ 0,5 %	./ 1,0 %	+ 3,5 %	+ 0,5 %

Wird gar der vernünftiger auch zusätzlich kalenderbereinigte Wert genommen, ergibt sich noch ein klareres Bild.

III/85	IV/85	I/86	II/86	III/86
+ 1,0 %	./ 0,5 %	./ 0,5 %	+ 2,0 %	+ 1,0 %

Bei dieser Sachlage kann eigentlich nur überraschen, daß jetzt die öffentliche Meinung beginnt, überrascht die Realität zur Kenntnis zu nehmen oder umgekehrt, wie lange es Wunschenken gelungen ist, die Augen vor dieser Realität zu verschließen.

Was jetzt Not tut - wenn es nicht schon zum Teil zu spät für die nächste Konjunkturphase ist -

- ein Beschäftigungsprogramm, das direkt nachfragewirksam wird; zum Beispiel das SPD-Programm „Arbeit und Umwelt“
- ein europäisches Beschäftigungsbündnis, das den europäischen Nachbarn erlaubt ihrerseits Expansionsprogramme zu fahren unter Absicherung ihrer Währungsprobleme durch uns
- ein Abkommen über die Stabilisierung der wichtigsten Wechselkurse (und damit auch der Zinsen) zur Verhinderung von zusätzlichen außenwirtschaftlichen Störungen
- eine realistische Strategie für die Verschuldungsprobleme der Entwicklungs- und vor allem auch der Schwellenländer.

Daß dies alles wohl nur mit einer neuen Regierung möglich sein wird, ist bei der ideologischen Verblendung der jetzigen von Bangemann bis Stoltenberg wohl offensichtlich.

(-/17.12.1986/rs/vo-ha/ks)

\* \* \*

Auf dem Rücken der deutschen Landwirte

Zum Beschluß des EG-Agrarministerrates über die Reform des Milch- und Rindfleischmarktes

Von Dr. Martin Schmidt MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Die Reform der EG-Agrarpolitik ist überfällig, um die Funktionsfähigkeit des Agrarmarktes zu sichern. Dazu ist die Rückführung der Überschüsse unverzichtbar. Die Agrarminister haben sich in einer Marathonsitzung zu einer Sanierung der kostenträchtigen Märkte - nämlich Milch und Rindfleisch - durchgerungen. Damit wird ein Signal für die zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik gesetzt.

Die Agrarminister haben jedoch das Ziel der Einkommenssicherung der Landwirtschaft aus den Augen verloren. Dabei werden die deutschen Bauern von den einschneidenden Beschlüssen am härtesten getroffen. Denn Landwirtschaftsminister Kiechle hatte ihnen den Ausgleich ihrer Einkommensverluste versprochen; dies werde die „conditio sine qua non“ für seine Zustimmung sein, so der Minister.

Wie so oft, wurde dieses Versprechen nicht eingehalten:

- Die Milchquoten werden um 9,5 Prozent gesenkt; ein Ausgleich erfolgt lediglich für 5,5 Prozent in Höhe von 0,26 DM/kg und drei Prozent in Höhe von 0,13 DM/kg.

Der Minister hatte 0,30 DM/kg für die gesamte Kürzungsmenge zugesagt.

- Die Intervention von Magermilchpulver wird im Winterhalbjahr vollständig ausgesetzt und für alle Milcherzeugnisse ganzjährig aufgelockert.

Der Minister hatte zuvor jede Änderung des Interventionssystems strikt abgelehnt. Aus gutem Grund: in der Bundesrepublik werden fast 90 Prozent des Magermilchpulvers und etwa 1/3 der Butter interveniert.

Die Folge dieser Maßnahme wird ein erheblicher Rückgang der Marktpreise zum Nachteil vor allem der deutschen Bauern sein. Eigene Schätzungen des Ministers gehen von einem Preisrückgang von bis zu zehn Prozent aus.

- Bei Rindfleisch wird der Interventionspreis bis zu 13 Prozent gesenkt. Noch 1985 hatte der Minister wegen einer Getreidepreissenkung von 0,9 Prozent sein Veto eingelegt.

Die Marktpreise in der Bundesrepublik sind schon heute mit die niedrigsten in der EG. Nun wird sich das Preisniveau noch weiter verschlechtern.

Die befristete Mastprämie in Höhe von circa 50 DM kann diese Einkommensverluste nicht ausgleichen.

- Die nationalen Preise für Rind- und Schaffleisch werden durch entsprechende Anpassungen der „Grünen“ Paritäten in Frankreich, Großbritannien, Spanien, Portugal und Griechenland zwischen drei und 14,5 Prozent angehoben.

Damit werden die bereits bestehenden Wettbewerbsverzerrungen gegenüber den wichtigsten Konkurrenten zu Lasten der deutschen Erzeuger weiter verschärft.

Einmütig hatte daher der Ernährungsausschuß des Bundestages den Minister gebeten, sich mit allem Nachdruck gegen eine derartige Maßnahme zur Wehr zu setzen.

Das Verhandlungsergebnis ist also für die deutschen Landwirte katastrophal. Sie stehen schon heute am unteren Ende der europäischen Einkommenskala. Erfolgsmeldungen des Ministers können an dieser Tatsache nichts ändern.

(-/17.12.1986/rs/ks)

\* \* \*



**Kleine Landwirte müssen zuviel für soziale Absicherung aufbringen**

**Das System der landwirtschaftlichen Krankenversicherung muß umgestaltet werden**

**Von Rudolf Müller MdB**

Die Bundesregierung hat zwar im Agraretat '87 die Mittel für die landwirtschaftliche Sozialpolitik erneut erhöht, sie hat aber immer noch nichts unternommen, um die überproportional hohen finanziellen Belastungen, die kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe sowohl im Vergleich zu Großbetrieben als auch im Vergleich zum nichtlandwirtschaftlichen Bereich für ihre soziale Absicherung aufzubringen haben, abzustellen.

Daß die Verteilung der Bundesmittel im Ansatz falsch ist, läßt sich am überzeugendsten am Beispiel der landwirtschaftlichen Krankenversicherung nachweisen. Objektive Berechnungen beweisen eindeutig, daß viele Landwirte völlig zu Recht darüber klagen, daß sie, trotz eines Bundeszusschusses an die landwirtschaftliche Krankenversicherung in Höhe von 1,22 Milliarden DM im Jahre 1987 (1986: 1,11 Milliarden DM) in einer nichtlandwirtschaftlichen Krankenkasse zu wesentlich günstigeren Beiträgen versichert sein könnten.

So würde der Beitrag eines freiwillig versicherten Landwirts in einer nichtlandwirtschaftlichen Krankenkasse entsprechend der Reichsversicherungsordnung nach dem Arbeitsentgelt und den sonstigen Einnahmen zum Lebensunterhalt bemessen werden. Nach den Vorschriften des Einkommenssteuerrechts ergäbe sich bei einem Betrieb mit einem Wirtschaftswert von 25.000 DM ein Durchschnittsgewinn pro Jahr von 14.417 DM, bei einem Wirtschaftswert von 30.000 DM ein Durchschnittsgewinn von 21.500 DM.

Der per 1. Januar 1986 bei den Allgemeinen Ortskrankenkassen festgestellte durchschnittliche Beitragssatz von 12,62 Prozent würde in diesen beiden Beispielfällen eine monatliche Belastung von 183 DM beziehungsweise 226 DM zur Folge haben. Demgegenüber muß der Landwirt in der gleichen wirtschaftlichen Situation in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung, trotz hoher staatlicher Zuschüsse, zur Zeit Beiträge zwischen 211 DM (LKK Schleswig-Holstein) und 327 DM (LKK Hessen-Nassau) beziehungsweise bei einem Wirtschaftswert von 30.000 DM zwischen 230 DM (LKK Schleswig-Holstein) und 359 DM (LKK Baden) aufbringen.

Wesentlich günstiger steht dagegen der Eigentümer eines landwirtschaftlichen Betriebes mit einem Wirtschaftswert von 100.000 DM da. Er müßte in der AOK einen durchschnittlichen Beitrag von 410 DM pro Monat aufbringen, während er in der landwirtschaftlichen Krankenkasse schon für 297 DM (LKK Saarland) versichert sein kann und nur im ungünstigsten Fall 466 DM (LKK Westfalen) zahlen muß.

Diese Zahlenbeispiele sprechen für sich. Sie untermauern die von der SPD bereits seit Jahren erhobene Forderung nach einer grundlegenden Umgestaltung des Systems der landwirtschaftlichen Krankenversicherung.

Diese Umgestaltung muß dazu führen, daß

1. kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe gegenüber Großbetrieben nicht überproportional belastet werden, und
2. Landwirte in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung nicht höhere Beiträge zu zahlen haben als ihnen eine nichtlandwirtschaftliche Krankenversicherung berechnen würde.

(-/17.12.1986/rs/ks)

\* \* \*

Statt konkreter Hilfe unverbindliche Worte

Zum Bonner Umgang mit der Küste

Von Björn Engholm MdL  
Oppositionsführer im Landtag von Schleswig-Holstein

Die Ergebnisse der Gespräche der Landesregierung in Bonn über Hilfen für Schleswig-Holstein bleiben hinter den Erwartungen zurück. Darüber können auch einige spektakuläre Ankündigungen nicht hinwegtäuschen. Die Verwirklichung von begrüßenswerten Projekten wie der Ansiedlung eines europäischen Mikro-Elektronik-Zentrums in Schleswig-Holstein liegt noch in deutlicher Ferne. Und ob „Jessi“ wirklich nach Schleswig-Holstein kommt, ist nur zu hoffen, sagen kann es heute noch niemand. Die SPD Schleswig-Holstein wird sich auf Bundes- und Europa-Ebene dafür einsetzen, daß die Entscheidung zugunsten Schleswig-Holsteins fällt.

Erfreulich ist, daß sich die Bundesregierung endlich zu einer 50 : 50-Förderung des Rest-Geomar-Projektes bereitgefunden und damit auch dem Drängen der schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten nachgegeben hat. Tatsache ist aber bedauerlicherweise, daß die Bonner Gespräche neben langfristigen Hoffnungen wenig gebracht haben. Das so dringend erforderliche, abgestimmte und kraftvolle Handeln zugunsten der Krisenbereiche bleibt weiter vertagt:

- Nach wie vor fehlt eine langfristige politische und finanzielle Absicherung für Schiffbau und Schifffahrt in der Küstenregion. Der Vergleich der bisherigen Maßnahmen mit dem vom DGB vorgeschlagenen und von der SPD unterstützten Küstenstrukturprogramm zeigt die Lücken auf. Und die verkündeten Bundeshilfen für den Norden erfüllen noch nicht einmal die sowieso schon unzureichenden Forderungen der schleswig-holsteinischen CDU-Landesregierung.
- Wer sich von den Gesprächen in Bonn Hilfen für die existenzbedrohten Landwirte und Fischer erhofft hatte, sieht sich bitter enttäuscht. Wo konkrete Maßnahmen notwendig wären, gab es nur unverbindliche Worte.
- Unverständlich bleibt beispielsweise auch, warum die schleswig-holsteinische Landesregierung und die Bundesregierung weiterhin die Neuauflage eines Fernwärmeprogramms blockieren, obwohl allein in den kreisfreien Städten Kiel und Neumünster ein Investitionsbedarf auf diesem Gebiet von mindestens 120 Millionen DM besteht. Eine Verwirklichung des Ausbaus der Fernwärme würden Beschäftigung für den Tiefbau, für Klempner und Installateure sowie Bauhandwerker ergeben und zugleich erheblich zur Einsparung von Energie und zur Entlastung der Umwelt beitragen.

Mit solchen Sofortprogrammen wäre den Unternehmen, den Beschäftigten und auch den Arbeitslosen in Schleswig-Holstein mehr gedient als mit dem bunten Strauß von Ankündigungen der Ministerpräsidenten.

(-/17.12.1986/rs/ks)

\* \* \*

